

Innovation schafft Arbeitsplätze

Positionspapier sponsored by www.spogmo.de

Definition Reformbedarf

(Einzig Aufhebungsgesetze sind zulässig - keine neue, sondern weniger Reglementierung)

Festlegung zeitlicher Fahrplan

(Mittel- bis langfristige Modifikationen zugunsten von Planungssicherheit und Sozialbezug)

„Nur die Freiheit ermutigt zur Betätigung“ - alles Andere ist unnötiger Ballast

- Chancen und Risiken müssen wieder Individuen haben und tragen
- Wettbewerb sorgt für Interessenausgleich – dieser muß massiv ermöglicht werden; (Staats-) Monopole müssen systematisch beseitigt werden
- Hindernisse, Barrieren und Tabus sowie liebgewonnene Monopolrenditen auch einzelner Interessengruppen dürfen nicht länger das Maß aller Dinge sein.- Ob dies Politfunktionäre / Gewerkschafter, selbsterklärte Sozialvertreter oder sonstige Lobbyisten angeht.

In einer freiheitlichen, selbstgetragenen Fortschreibung unserer volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung wird sich damit automatisch eine Wirtschaftsstruktur fortbilden, die dann mehr den Anliegen des einzelnen Menschen gerecht wird. Und damit diesem Land volkswirtschaftlich insgesamt hilft.

Finanzielle- und mentale Freiräume sind das, was Innovationen begünstigt. Und genau diese brauchen wir. Damit das Arbeiten hier wieder eine lohnenswerte Betätigung wird. Die Bildung von Arbeitsplätzen sind dann automatischer Reflex.

Ziel:

Umfassende Aufhebung von Zwängen und Vorschriften zugunsten von Wahlfreiheit und Wettbewerb - systematisch und konsequent

Herangehensweise:

Definition individueller Übergangsfristen von Zeit und inhaltlichem Ausmaß bis daß jeweilige Aufhebung komplett ist

Konkreter Themenkatalog als Handlungsmaßstab:

Zwangsmitgliedschaften aller Art - heutige Anbieter werden sich als Provider auf freiwilliger Basis behaupten müssen:

Sozialversicherungssystem

- (1) **Krankenkassen:** Zugang aller Anbieter in allen Bereichen; Aufhebung einer Versicherungspflichtgrenze; Aufhebung einer Versicherungspflicht
- (2) **Pflegepflichtversicherung:** Aufhebung (siehe Pkt. 4)
- (3) **Rentenversicherung:** Aufhebung Arbeits-Altershöchstgrenzen - organisierter Übergang zur privaten, eigenen Vorsorge; im Zeitraum des Übergangs Leerung bestehender Kassen und Restfinanzierung über Steueraufkommen.
- (4) **Arbeitslosenversicherung:** Aufhebung. Sie ist keine wirkliche Versicherung; ggf. Installation von staatlichen Armenhäusern, wo jedem tatsächlichen Bedürftigen **naturale** (keine Geldmittel) Notverpflegung zuteil wird.- Finanziert über das Steueraufkommen. Sicherstellung menschlicher, existentieller Minimalbedürfnisse.

Beispielhaft weitere

(5) **Berufsgenossenschaften** - Auflösung Zwangsabgabe

(6) **Industrie- & Handelskammern** - Auflösung Zwangsmitgliedschaft

(7) **GEZ** Gebühreneinzugszentrale der Rundfunk und Fernsehanstalten - dto.

Staatliche Normierung

(8) **Steuersystem**: Keine Unterscheidung ob Firma oder Privatperson: jede generierte Einnahme führt zu einer Abgabepflicht von maximal 10 Prozent an das Gemeinwesen (Fiskus) - alle Menschen sind Unternehmer; Abschied vom klassischen Rollenklischee

(9) **Volle Unternehmerische Freiheit** für alle, auch was das Arbeitsrecht anbetrifft. Es soll grundsätzlich das Grundgesetz gelten in Verbindung mit einem positiven Menschenbild. Vorhandene Sanktionsmechanismen des Straf- sowie Zivilrechts reichen vollkommen aus.

(10) Der Staat sind wir.

Schaffung voller Transparenz, was einzelne Repräsentanten getan haben mit ihrem Engagement, ihrem Abstimmungsverhalten und sonstigen Tun in einer internetbasierten Informationsplattform (nur sachlich kurz und ergebnisorientiert) - Kontrolle der staatlichen Institutionen durch den einzelnen Wähler.

Politische Repräsentanten sollen künftig mit Ihrem persönlichen finanziellen Vermögen in voller Höhe für Ihr Tun haftbar gemacht werden können.

Wichtig für einen derartigen Reformierungsangang ist die Wiederherstellung von Vertrauen in das Politische System und die Vermittlung von Glaubwürdigkeit aller in ihm arbeitenden Repräsentanten:

Wichtiger Symbolischer Erster Schritt als Aufbruchsignal:

Für alle politischen Mandatsträger sowie deren Versorgungsbezüge muß eine Reduzierung der Einkünfte um mindestens 70 Prozent auf maximal 30 Prozent erfolgen; Verbot von mehreren Mandaten.

Verbot von (ehemaligen) Parteibuchinhabern zur Übernahme von arbeitsvertraglichen Funktionen in und für Unternehmungen, die sich nicht überwiegend in privaten Streubesitz (90 Prozent des Aktienkapitals) bzw. Privatunternehmertum befinden: Abschaffung des politischen Funktionärskadertums

Ganz sicher werden diese Maßnahmen vorübergehend eine strukturelle Veränderung bei der sektoralen Verteilung von Arbeitsplätzen im Land insgesamt bewirken.- Das ist ja das, was zwingend gewollt sein muß.

Aufgabe des Ziels einer (unsinnigen) Wachstumspolitik. Diese lindert nur die Notwendigkeit wettbewerblicher Anpassungsprozesse in unserer arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung. Sie vermittelt Lethargie, Starrsinn bzw. Monopole und verdeckt Vetternwirtschaft. Vielmehr wirken sich Interne Anpassungs- und Substitutionseffekte innovativ innerhalb der heimischen Volkswirtschaft aus.

Eine weitere Entwicklung hiesiger Rechtskultur ala USA muß gestoppt werden.- Nicht der Anwalt, sondern der Leistungsträger soll durch sein Tun belohnt werden. Sogenanntes Anti-Bereicherungsverbot durch Rechtsmittel soll als gelebte Kultur unbeteiligten Dritten die finanziellen Anspruchsgrundlagen verwehren (Anti-Schmarotzerparagraph).

- Ganz sicher ist dieses Positionspapier nicht vollständig. - Solls und kanns auch nicht sein. - Die Realität ist das, was sich erst ergeben wird. Nur mit dieser Erkenntnis kann uns die Zukunft wichtige Chancen vermitteln. -